den sich ganz gewiß erheben, und sie werden, gleich einer Sturmflut, Ihre Regierung hinwegfegen. Ihr Traum und der Traum Ihrer Herren wird niemals in Erfüllung gehen!"

Genosse Paul Fischer gestorben.

In tiefer Trauer beklagen wir das Ableben unseres Genossen Paul Fischer.

Seit seiner frühesten Jugend stand Genosse Fischer in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung. Als selbstloser Kämpfer für die Sache des Proletariats, war er weit über seinen unmittelbaren Wirkungskreis in Salzburg hinaus, den arbeitenden Menschen ein Begriff. Kerkermauern und Konzentrationslager des Faschismus konnten seine Gesinnung zu keiner Zeit brechen. Selbst als sein Gesundheitszustand immer schlechter würde, widmete er alle seine Kraft dem Kampf im Dienste des Volkes.

Am Leben und Wirken des Genossen Fischer können wir uns alle schulen. Dem Marxismus - Leninismus als Basis stets treubleibend, war er jederzeit in der Lage, die verräterische Rolle der Führer der Sozialdemokratie zu enthüllen und er gehörte zu den Ersten in Österreich, die die revisionistische Entartung der Moskauer Renegaten und der Führung der KPÖ entlarvten und brandmarkten. Mit untrüglicher Sicherheit vermochte Genosse Fischer zwischen pseudorevolutionären Phrasendreschern und wahren Marxisten - Leninisten zu unterscheiden. Und so stieß er sehr früh zur Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L), für die er bis zuletzt ein unermüdlicher Aktivist und Ratgeber war.

Mit Paul Fischer hat uns der Tod einen treuen Kampfgefährten entrissen. Wenn wir seiner gedenken und unsere Trauer in Kraft verwandeln wollen, so müssen wir sein leuchtendes Beispiel zum Vorbild nehmen.

Ruhe in Frieden, Genosse Paul Fischer.

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



Für die VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

Nummer 59
Jänner 1972

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,--
Jahresabonnement S 30,--

ARBEITSZEIT"VERKÜRZUNG" -"LOHNWELLE" - STEUER"REFORM":

Mehr Profit durch mehr Betrug

GEGEN DIE VERSTÄRKTE AUSBEUTUNG KÖNNEN WIR UNS NUR DURCH KAMPF IN DEN BETRIEBEN ZUR WEHR SETZEN

"Auf geht's wieder" in der Politik in Österreich. Diese Ankündigung machten Regierungsmitglieder dem arbeitenden Österreicher noch aus ihren feudalen Urlaubsorten via Fernsehen. Gestärkt durch Höhensonne und reiner Bergluft werden sich also Kreisky und seine Mannen in SP- und Gewerkschaftsführung an die Arbeit machen, die - so jubelt die Zeitung der Großunternehmer "Die Presse" - nun vier Jahre lang von keinerlei Rücksichtnahme auf eine "Wahl" irgendwie "verunsichert" werden kann. Womit bestätigt wird, was wir im Oktober 1971 feststellten: Daß die Nationalratswahl nur den einen Zweck hatte, eine gesicherte parlamentarische Mehrheit für Kreisky und sein Team zu schaffen. Der Jubel der ungetarnten Unternehmerzeitung läßt keinen Zweifel offen, zu wessen Nutzen diese gesicherte Mehrheit gebraucht wurde. Für die Kapitalistenbosse, Finanzmagnaten, Großbauern etc.

Die letzten Monate des Jahres 1971 haben gezeigt, daß die Machthaber in Österreich keine Zeit verlieren wollen. Was sie durch ihre ausführenden Organe in der Regierung durchführen lassen und in betrügerischer Absicht "als unumgänglich notwendige Maßnahmen zur Überwindung aufkommender Schwierigkeiten" bezeichnen, die ein "unseliges Erbe der Vergangenheit" sind oder ihren "Ursprung von außen" haben, ist nichts anderes als verstärkte brutalste Ausplünderung des arbeitenden Volkes.

Den gläubigsten Verfechter der "Demokratie" österreichischer Prägung wird die Wirklichkeit aus seinen Vorstellungen reißen. Österreich ist ein Klassenstaat. Auf der einen Seite die Fabriksherren, Bankiers, Großgrundbesitzer, Manager - mit einem Wort die Kapitalisten, auf der anderen Seite die Masse der arbeitenden Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Zwischen diesen zwei Seiten klafft ein unüberbrückbarer Abgrund, mögen noch so viele Schlagworte wie Sozialpartnerschaft verwendet werden. Was die Kapitalisten haben - und das ist unermeßlicher Reichtum - haben sie durch unsere Arbeit. Wollen wir mehr von unserer Arbeit für uns, können wir es nur von den Kapitalisten holen. Das wird erst vorbei sein, wenn wir die Gesellschaftsform ändern, wenn wir die Macht der Kapitalisten brechen und die Staatsmacht in unsere Hände nehmen.

Aus diesem Grund dienen alle Maßnahmen der herrschenden Klasse - und Kreisky mit seinem Team und der ganzen Bonzenclique in SPÖ und Gewerkschaft gehören zu ihr - nur einem Zweck: Der Sicherung und Erhöung ihrer Profite. Und um die Arbeiter vom einzigen Weg abzuhalten, der ihren Interessen entsprechen würde, nämlich einen entschiedenen Kampf in den Betrieben zu führen, ersinnen sie immer wieder neue Täuschungsmanöver. Darin ist die herrschende Klasse Österreichs wahrer Meister und die Kapitalisten aller Länder lernen von ihr, wie ihre vielen "Studien" bei uns zeigen.

Eine der Methoden des Betrugs besteht darin,zu gegebener Zeit mit "Zuckerln" herauszurücken, deren Hülle zwar süß aussieht, der Kern aber bitter, sehr bitter und im Endeffekt nichts anderes als eine neue Profitquelle der Unternehmer ist. Diese eingeplanten Betrugszuckerln werden nun den arbeitenden Menschen hingeschmissen mit der Absicht, die Empörung über die enormen Preissteigerungen einzudämmen.

So ist am 1. Jänner die zweite Etappe der Arbeitszeitverkürzung in Kraft getreten. Grundlegend wurde schon bei der ersten Etappe zwischen Gewerkschaftsbund und Wirtschaft vereinbart, daß der Arbeiter in der verkürzten Arbeitszeit genausoviel leisten müsse als vorher. Das ist geschehen und sogar viel mehr. Die Produktivität ist weiter gestiegen. Diese Vereinbarung war in ihrer Funktion lediglich das Frei-Signal für die Unternehmer, die Antreiberei in den Betrieben mit vollster Billigung der Gewerkschaft enorm zu verstärken. Trotzdem wurde natürlich ein fürchterliches Gejammer über eine "Kostensteigerung" erhoben, die als willkommener Anlaß für eine "Überwälzung" auf die Preise genommen wurde. Wozu sich die Gewerkschaftsführung zu sagen beeilte, das wäre eben der "Preis", den die Arbeiter dafür zu bezahlen hätten. Im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung führten außerdem eine große Zahl von Betrieben weitere Maßnahmen durch, die eine "rationalere Ausnützung von Mensch und Maschine ermöglichten, also ebenfalls zusätzlichen Profit einbrachten. Von der "Verkürzung" der Arbeitszeit spürten die meisten Arbeitnehmer nichts. Denn sowieso würden entweder Überstunden geleistet oder konnte nur durch eine Nebenbeschäftigung die Illusion vom "gehobenen Lebensstandard" aufrechterhalten werden. Ein glänzendes Geschäft also für die Unternehmer, die rund zwei Drittel des Wertes, der in jeder geleisteten Stunde Arbeit produziert wird, für sich einstreifen. Genau das gleiche Bild zeigt sich jetzt wieder. Der einzige Unterschied besteht nur darin, daß die Unternehmer nun laut Vereinbarung berechtigt sind, einen Teil der bisher bezahlten Pausenzeiten zu streichen.

Die Herren in der Regierung haben es sich zur Gewohnheit gemacht, ihre Anschläge gegen das Volk schon einige Zeit vorher anzukündigen, daß man sich sozusagen schon darauf eingestellt hat,wenn es soweit ist. Nach dem gleichen Schema kündigen sie nun auch für Mitte 1972 eine "Lohnwelle" an. Dahinter steckt die Absicht, den Lohnkampf in den Betrieben, der für die Arbeiter das einzige Mittel ist, ihr Realeinkommen zu erhalten, abzuwürgen. Sie sagen das in dem Augenblick, da die Gefahr besteht, daß die unzufriedenen Arbeiter selbständig in den Betrieben Forderungen aufstellen, den Kampf aufnehmen und so ihrer Kontrolle entgleiten, was von ihrer Warte aus gesehen unbedingt verhindert werden muß. Sie spekulieren damit, daß die Arbeiter erstens die "Wartezeit" noch in Kauf nehmen - wobei eine angenommene Stundenlohnerhöhung um je einen Schilling für 800.000 Arbeiter in einem halben Jahr bei Normalarbeitszeit 832 Millionen einbringt, wenn sie nicht gezahlt werden muß - und, daß zweitens ohne Druck aus den Betrieben im stillen Kämmerlein eine Lohnerhöhung ausgeschnapst werden kann, die den wahren Erfordernissen niemals gerecht wird. Denn bei solchen Verhandlungen kommt nur heraus, was von Unternehmerseite längst einkalkuliert ist, was schon vorher durch Preis- und Produktivitätssteigerung vielfach hereingebracht wurde, aber gleichzeitig neuerlicher und von der Gewerkschaft sanktionierter Grund ist, die Preise zu erhöhen. Denn diese Masche gehört auch dazu,die Sache so darzustellen, als ob ein Unternehmer Lohnerhöhungen nur "verkraften" könne, wenn er gleichzeitig den Preis erhöht. Dabei braucht kein Arbeiter einen Kapitalisten, dafür aber die Kapitalisten die Arbeiter, von denen leben sie ja.

Es ist absolut nicht falsch anzunehmen, daß Unternehmer und SP-Führung gemeinsam diesmal noch rigoroser vorgehen werden als bisher. Ihre Vorstellungen von Lohnerhöhungen sind mehr als dürftig. Und als Einschüchterungsmittel spricht Kreisky von "bedrohten" Arbeitsplätzen, wenn man der Wirtschaft nicht "helfen" würde. Und auch hier wird die Sache so dargestellt,als ob es "unsere" Wirtschaft wäre. In Wirklichkeit ist es ausschließlich ihre.

Gibt man sich Mühe, so kann man dieses abgekartete Spiel leicht durchschauen. Dieses Spiel, das den Arbeitern die Tatsache ihrer Ausbeutung verschleiern und ihren Glauben an die "Führer" aufrechthalten soll.

Es ist nun schon eine ziemlich bekannte Tatsache, daß die Lohnsteuer mit ihrer unsozialen Progression einen Großteil der Lohnerhöhungen mit einem Schlag wegfrißt. Und während Kreisky und Benya die Arbeiter mit der Aussicht auf Lohnerhöhung vertrösten wollen, rechnete der Sonny-Boy in der Regierung, der publikumswirksame Finanzminister Androsch, bei der Erstellung des Budgets 1972 schon mit hunderten Millionen Mehreinnahmen an Lohnsteuer infolge der "geplanten" Lohnerhöhung. Was uns mit der einen Hand gegeben wird, soll uns mit der anderen wieder genommen werden. Als Doktor mit der Beruhigungspille fungiert hier Gewerkschaftspräsident Benya, der "noch heuer" eine "Mini-Reform" der Lohnsteuerprogression "fordert".

In dieser Frage gibt es aber innerhalb der SPÖ-Führung Differenzen. Zweifellos ist das Hauptanliegen Benyas bei seiner Forderung nach einer Reform des Lohnsteuersystems, die Arbeiter einzulullen. Nichtsdestoweniger hat er als besserer Kenner der Arbeiter diese Forderung aus Angst erhoben. Aus Angst, daß sich die Geduld der Arbeiter erschöpft, daß sie die Verräterrolle der SPÖ-Führung erkennen und sich machtvoll erheben zum Kampf für ihre Interessen und dabei die Fesseln der Gewerkschaftsführung abstreifen. Dieses bewußt in den Hintergrund gestellte Detail kann jedem denkenden Arbeiter die Situation in Österreich schlagartig beleuchten.

Sie haben Angst vor der Arbeiterschaft, die Herrschaften, die uns ausbeuten und knechten, regieren und dirigieren. Sie haben Angst davor, daß die Arbeiter ihren Verrat und Betrug durchschauen. Und ihre Angst ist berechtigt, denn vom einheitlichen entschiedenen Kampf der Arbeiter in den Betrieben werden diese paar Handvoll Machthaber hinweggespült wie Papier in der Sturmflut.

WIR BRAUCHEN EIN NEUES LOKAL

Wir teilen allen unseren Genossen, Freunden und Lesern mit, daß uns ab 1. Februar 1972 das Organisationslokal in der Schönborngasse nicht mehr zur Verfügung steht.

Sobald wir ein neues Lokal für unsere Organisation gefunden haben, werden wir die Anschrift in unserer Zeitung veröffentlichen. Inzwischen ersuchen wir alle Genossen, Leser und Freunde, den Kontakt mit uns über unsere Postanschrift: 1205 Wien, Postfach 3, aufrechtzuerhalten.

Sollte uns jemand bei unserer Lokalsuche helfen können, dann möge er sich sofort mit uns in Verbindung setzen.

Grosse Wandlungen in der UNO

Auf der Herbstkonferenz der VRA wurde - wie schon berichtet - eine ausführliche Diskussion über die Bedeutung der Wiederherstellung der legitimen Rechte Volks-Chinas in der UNO abgeführt. Die Genossen gelangten einmütig zu der schon vorher in unserem Zentralorgan und in unserem Glückwunschschreiben an das ZK der KP Chinas dargelegten Auffassung, daß die Annahme der von Albanien und 21 anderen Ländern eingebrachten Resolution einen gewaltigen Sieg der revolutionären proletarischen Linie Mao Tsetungs in der Außenpolitik der Volksrepublik China und zugleich einen unbestreitbaren großen Sieg aller Völker der Welt, die lange Jahre zusammen mit dem chinesischen Volk für Gerechtigkeit, Frieden und Fortschritt gekämpft haben, darstellte. Die Konferenz beauftragte gleichzeitig die Redaktion "Für die Volksmacht", auf Grund von Diskussionen unserer Mitglieder und Sympathisierenden einen Artikel über die Wandlungen in der UNO zu verfassen. Nachstehender Artikel basiert nun im wesentlichen auf den Ergebnissen einer solchen Diskussion, die am 26. November von der Wiener Gruppe der VRA durchgeführt wurde.

Der mit überwältigender Stimmenmehrheit gefaßte Beschluß der UNO-Generalversammlung, der Volksrepublik China den ihr von Rechts wegen gehörenden Sitz in der Organisation der Vereinten Nationen sowie allen ihren Organen und Agenturen einzuräumen und die Marionette des US-Imperialismus, die faschistische Tschiang-Kai-schek-Clique, von ihm zu vertreiben, bildet einen geschichtlichen Wendepunkt von außerordentlicher Bedeutung. Er ist sowohl Ausdruck einer bis dahin mehr oder weniger "unter der Oberfläche" vor sich gegangenen und nun durch einen qualitativen Sprung plötzlich allgemein zutage getretenen Veränderung der internationalen Situation (die sich im Kräfteverhältnis innerhalb der UNO spiegelt) als auch der Beginn einer allmählichen Wandlung der Rolle der UNO, die entweder zu einem Instrument für Frieden und Fortschritt werden oder - ebenso wie in der Zwischenkriegszeit der Völkerbund - untergehen wird, jedenfalls aber im wesentlichen aufgehört hat, ein willenloses Werkzeug in den Händen einer oder zweier Supermächte zu sein.

Wie ist es zu diesem Wendepunkt gekommen? Wir können das leicht verstehen, wenn wir die Dinge mit dem Rüstzeug der von Mao Tsetung weiterentwickelten materialistischen Dialektik des Marxismus-Leninismus analysieren.

Die UNO bildet bekanntlich einen Komplex der vielfältigsten internationalen Widersprüche. Wo mehrere Widersprüche zusammenwirken, dort gibt es immer, wie Genosse Mao Tsetung lehrt, einen Hauptwiderspruch, der die entscheidende Rolle spielt. Aber die Rolle des Hauptwiderspruchs spielt nicht die ganze Zeit ein und derselbe Widerspruch, sondern einmal der eine, dann wieder ein anderer. Bis in die Mitte der fünfziger Jahre bildeten die Gegensätze zwischen dem vom US-Imperialismus geführten imperialistischen Lager und dem von der UdSSR geführten sozialistischen Lager den Hauptwiderspruch in der UNO. Damals vermochte es der US-Imperialismus dank seiner vorübergehenden ökonomischen und militärischen Überlegenheit in der kapitalistischen Welt, die UNO nach Gutdünken zu manipulieren. So konnte er unter Mißbrauch der UNO-Flagge den Aggressionskrieg gegen die Demokratische Volksrepublik Korea führen und die Volksrepublik China widerrechtlich ihres UNO-Sitzes berauben. Die sozialistischen Staaten entlarvten diese Willkürherrschaft des US-Imperialismus in der Weltorganisation und konnten manche seiner Anschläge (z.B. zur Zeit der ungarischen Konterrevolution) vereiteln.

In den sechziger Jahren übernahm die Rolle des Hauptwiderspruchs der Widerspruch zwischen den beiden Supermächten, dem US-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus (zu dem die Sowjetunion durch den Verrat der Chruschtschow-Breschnjew-Clique geworden war), auf der einen Seite und den kleinen und mittelgroßen Staaten, die um ihre Unabhängigkeit besorgt waren und sich dem Diktat der "Großen" nicht beugen wollten, auf der anderen. Die Supermächte, die bei der Unterdrückung der Freiheitsbewegung der Völker unter einer Decke stecken, zugleich aber bei dem Versuch, die Welt in Einflußsphären neu aufzuteilen, sich in den Haaren liegen, manipulierten nun gemeinsam die UNO, indem sie diese zu einer Börse für ihren Kuhhandel auf Kosten der anderen Staaten, vor allem der Länder der "Dritten Welt", machten. Diese Staaten ließen sich zum größten Teil eine lange Zeit hindurch von den Supermächten täuschen, einschüchtern und erpressen. Doch ihr Widerstand nahm allmählich zu. Ein besonders merkliches Kennzeichen dafür war die von Jahr zu Jahr fast ununterbrochen anwachsende Stimmenzahl zu Gunsten der albanischen Resolution für die Wiederherstellung der Rechte Chinas.

Und nun, zu Beginn der siebziger Jahre, kam es zum großen Umschwung: Quantität schlug in Qualität um. Schon 1970 hatte die albanische Resolution eine Mehrheit von zwei Stimmen erhalten, wurde jedoch durch den amerikanischen Trick mit der "verfahrensgemäßen" Forderung nach einer Zweidrittelmehrheit zu Fall gebracht. Am 25. Oktober 1971 wurde aber nicht nur diese rechtswidrige "Verfahrensresolution" von der Mehrheit der UNO-Generalversammlung verworfen, sondern die albanische Resolution erhielt weit mehr als zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Dabei hatte die amerikanische UNO-Delegation nie zuvor so vielfältige und massive Anstrengungen unternommen wie diesmal, um die Vertreter jener Staaten, die ihnen früher willig oder zumindest gehorsam Folge leisteten, bei der Stange zu halten! Allein diese Tatsache bedeutete fürwahr eine radikale Wendung.

Liebe Leser!

Wollt Ihr wirklich ausgiebig informiert sein über das, was in der heutigen Welt vorgeht? Dann lest die marxistisch-leninistische Wochenschrift PEKING RUNDSCHAU!

Keine einzige Zeitung der Welt - am allerwenigsten die scheinheilige Lügenpresse der herrschenden Klasse Österreichs von der "Kronen-Zeitung" bis zur "Volksstimme" - hat die Wahrheit über die ungemein wichtigen Ereignisse während der soeben abgelaufenen Tagung der UNO-Generalversammlung und der gleichzeitig stattgefundenen Sitzung des Weltsicherheitsrates berichtet. In der PEKING RUNDSCHAU gab es aber eine allseitige und ausführliche Information darüber, die für die Orientierung der revolutionären Arbeiter von größter Bedeutung ist.

Unsere Zeitung "Für die Volksmacht" ist nicht imstande, auch nur annähernd das wiederzugeben, was die PEKING RUNDSCHAU in dieser (und auch in vieler anderer) Hinsicht zu bieten vermag. Es kann auch nicht unsere Aufgabe sein, darin mit ihr zu wetteifern. Wir empfehlen Euch daher eindringlich, die PEKING RUNDSCHAU sofort zu abonnieren und ständig sorgfältig zu studieren.

Es gibt keine Zeitung solchen Formats und Umfangs (vom Inhalt ganz zu schweigen), die auch nur im geringsten der PEKING RUNDSCHAU gleichkäme. Dabei ist der Bezug dieser Wochenschrift, die dem Abonnenten direkt per Flugpost zugestellt wird, so billig, wie dies unter den heutigen Preisverhältnissen kein einziges Presseorgan leistet:

Bezugsgebühr für ein Jahr ...... S 100.--
Bezugsgebühr für zwei Jahre .... S 150.--
Bezugsgebühr für drei Jahre .... S 200.--

Sendet uns umgehend Eure Bestellung für PEKING RUNDSCHAU! Gebt uns die Adressen Eurer Freunde und Bekannten an, denen wir Probenummern zukommen lassen könnten!

Wie kam es nun zu dem großen Umschwung? Wiederum müssen wir das wissenschaftliche Rüstzeug der marxistischen Dialektik zu Hilfe nehmen. Genosse Mao Tsetung lehrt in seinem Werk "Über den Widerspruch", daß es nicht genügt, den Hauptwiderspruch zu erfassen,sondern daß man auch erkennen muß, welche der gegensätzlichen Seiten des Widerspruchs die hauptsächliche und welche die sekundäre (zweitrangige) ist.: "Der Charakter eines Dinges wird im wesentlichen durch die Hauptseite des Widerspruchs bestimmt", stellt er fest.

Der Hauptwiderspruch in der UNO ist auch in den 70er Jahren der gleiche geblieben: auf der einen Seite die Supermächte, auf der anderen Seite die gegen deren Diktat ankämpfenden kleinen und mittelgroßen Länder. Die beiden Seiten des Widerspruchs haben aber die Stellung zueinander vertauscht: In den 60er Jahren gelang es den Supermächten z.B. noch, die kongolesische Revolution unter Lumumba abzuwürgen und die nationalrevolutionäre Bewegung des palästinensischen und der anderen arabischen Völker gegen die amerikanisch-israelische Aggression niederzuhalten. Die UNO-Mitgliedstaaten setzten sich aber gegen die Einschüchterungs- und Erpressungspolitik der Supermächte immer stärker zur Wehr. Ihr Kampf um die Wiederherstellung der legitimen Rechte der VR China in der UNO spielte dabei eine entscheidende Rolle. War doch der Sieg der chinesischen Revolution ausschlaggebend für die welthistorisch bedeutsame Wandlung der ehemals kolonialen und abhängigen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aus einem Hinterland des Imperialismus in die Sturmzentren der antiimperialistischen Revolution. Deshalb wurden mit der Resolution vom 25. Oktober schlagartig die für ihre Unabhängigkeit von den Machtblöcken des Imperialismus und Sozialimperialismus eintretenden UNO-Mitgliedstaaten zur hauptsächlichen Seite des vorherrschenden Widerspruchs in der Weltorganisation.

Der Charakter der UNO hat sich entscheidend geändert: sie kann nicht mehr wie früher ohne weiteres als willfähriges Werkzeug für die Intrigen der Supermächte mißbraucht werden. Die verschiedenen Abstimmungen in der abgelaufenen Session der UNO-Generalversammlung haben das hinlänglich bewiesen,vor allem die beispiellose Niederlage der Sozialimperialisten (104 gegen elf Stimmen!) bei der Abstimmung über die Resolution zur Einstellung der Kriegshandlungen auf dem indisch-pakistanischen Subkontinent und zum Abzug der Truppen aus den während dieses Krieges besetzten Gebieten.

Ist aber damit die UNO eindeutig zu einem Friedensinstrument geworden, wie dies ihre Satzung verspricht und wie es der Sehnsucht der Völker entspricht? Nein, noch nicht. Der dreimalige Mißbrauch des Vetorechtes durch die in hoffnungslose Vereinsamung geratenen Sozialimperialisten sowie das Veto der englischen Imperialisten gegen die Sicherheitsrats-Resolution für die Rechte der afrikanischen Mehrheit in Rhodesien und die Mißachtung der Nahost-Resolution und anderer Entschließungen der Generalversammlung durch den US-Imperialismus beweisen das.

Als der US-Imperialismus durch Einschüchterung und Erpressung eine künstliche Mehrheit in der UNO zusammenstoppeln konnte,war es der (damals) sozialistischen Sowjetunion möglich, das Vetorecht im Interesse des Friedens zu gebrauchen. Jetzt, da immer häufiger eine natürliche Mehrheit der Mitgliedstaaten auf Grund ihrer ureigenen Interessen zustandekommt, wird dieses selbe Vetorecht gegen die Interessen des Friedens mißbraucht, um z.B. den indischen Expansionisten zu gestatten, einen souveränen Staat zu überfallen, ihn zu zerstückeln und einen Teil seines Territoriums gewaltsam zu besetzen (Ostpakistan). Wenn sich also durch die gegenseitige Umwandlung der beiden Seiten des Widerspruchs der Charakter (Inhalt) der UNO wesentlich geändert hat, muß sich auch dementsprechend ihre Form ändern. Die Völker müssen also für eine notwendige Reform der UNO kämpfen, damit diese wirklich ihre Rolle als Friedensinstrument spielen kann und nicht ebenso wie seinerzeit der Völkerbund untergeht.

Die Lehre daraus lautet: Ebenso wie die große Wende in der UNO das Ergebnis eines langwierigen und hartnäckigen Kampfes der Völker war, wird auch deren Kampf darüber entscheiden, ob die UNO in Zukunft in zunehmendem Maße und für die Dauer eine Fortschrittliche Rolle spielen kann.

x x x x

Die chinesischen Genossen sagen: Die Staaten wollen Unabhängigkeit, die Nationen wollen Befreiung, die Volksmassen wollen Revolution. Der Widerstand der kleinen und mittelgroßen Länder gegen das Diktat der Supermächte in der UNO ist ein überzeugender Beweis für die Unwiderstehlichkeit dieser historischen Tendenz, die ein lebhafter Ausdruck der Tatsache ist, daß die Hauptströmung unserer Zeit die Revolution ist.

"Bangla Desh" und Biafra

Zur Frage der nationalen Befreiungsbewegung

Die revisionistische "Volksstimme" hatte die Stirn, die Marxisten-Leninisten des "Verrats" an der nationalen Befreiungsbewegung zu bezichtigen,weil sie den unter dem Deckmantel einer angeblichen "Befreiung" der Bengalen Ostpakistans vom Zaun gebrochenen Aggressionskrieg der indischen Expansionisten entschieden verurteilten. Als aber 1968 die Zentralregierung Nigerias einen Vernichtungsfeldzug gegen dessen abgefallene Ostprovinz führte, beschimpfte dieselbe "Volksstimme" die aufständischen Ibo, die unter dem Namen "Biafra" einen "unabhängigen Staat" ausgerufen hatten, und verteidigte mit großmäuligen Phrasen als "gerecht" die Niederwerfung der Ibo durch die nigerianischen Regierungstruppen. Prinzipiell gibt es zwischen "Bangla-Desh" und "Biafra" keinen wesentlichen Unterschied: die "nationalen Belange" der Ibo gegenüber den Haussa und den anderen Völkerschaften Nigerias sind nicht anders geartet als jene der Ost-Bengalen gegenüber den Pandschabi und den übrigen Nationalitäten Westpakistans. Warum dann eine genau entgegengesetzte Haltung der Revisionisten in dem einen und dem anderen Fall?

Weil es eben den Abtrünnigen des Kommunismus niemals um Prinzipien geht, sondern einzig und allein darum, ihren Auftrag- und Geldgebern im Kreml gefällig zu sein! Denn die Moskauer Renegatenclique hat seinerzeit die nigerianische Zentralregierung massiv mit Flugzeugen, Waffen und Munition unterstützt (ebenso, wie das übrigens auch die englischen Imperialisten taten), während sie jetzt noch massiver die Feudalherren und Monopolkapitalisten Indiens unterstützt - beide Male in ihrem neokolonialistischen Interesse und ihrem Drang nach Weltherrschaft.

Wie verhalten sich demgegenüber Marxisten-Leninisten zu Fragen der nationalen Befreiungsbewegung? Marx und Engels lehrten uns, daß es "keinen Prinzipienschacher" geben darf, und Lenin betonte, daß "nur eine prinzipielle Politik eine richtige Politik" sein kann. Die VRA hat seinerzeit in der "Biafra"-Frage einen prinzipiellen marxistisch-leninistischen Standpunkt eingenommen und tut heute das gleiche in der Frage "Banla-Desh".

Vor ca. dreieinhalb Jahren schrieben wir: "Wie in anderen ehemaligen afrikanischen Kolonien hat der Imperialismus auch in Nigeria... eine Unzahl von Konfliktstoffen und inneren Widersprüchen geschaffen: zwischen den verschiedensprachigen Völkerschaften,zwischen feudalen Überresten und kapitalistischen Ansätzen, zwischen Mohammedanern und Christen usw. Die Kolonialherren hatten die, sich oftmals überschneidenden, Widersprüche stets dazu benützt, nach der altrömischen Maxime 'Teile und herrsche!' die Kolonialsklaven in Botmäßigkeit zu halten." Und wir erhoben im Namen der revolutionären Arbeiter Österreichs die Forderung: "Keine Einmischung in afrikanische Angelegenheiten! Afrika den Afrikanern! Tod dem Imperialismus!" ("Der Kommunist" Nr. 18, August 1968)

Im April 1971 schrieben wir: "Wie viele ehemalige Kolonialgebiete leidet Pakistan, als ein Teil der früheren britischen Kronkolonie Indien, an schweren Widersprüchen nationaler und sozialer Natur, die zum größten Teil von den ehemaligen Kolonialherren 'hinterlassen' wurden, um nach dem alten Prinzip 'Teile und herrsche!' diese ehemalige Kolonie mit neokolonialistischen Methoden wieder in den Griff zu bekommen." ("Für die Volks-

macht" Nr. 50) Und in unserem grundlegenden Artikel über die Rolle des Sozialimperialismus als eines der größten Kriegstreiber unserer Tage betonten wir, es handle sich in Pakistan um "innere Probleme, die nur durch die sozialen Auseinandersetzungen im Innern dieses Landes gelöst werden können, niemals aber durch eine Einmischung von außen". ("Die Hitler von heute", "Für die Volksmacht" Nr. 54)

Aus diesem Grund haben wir seinerzeit sowohl die Einmischung des britischen Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus zu Gunsten der nigerianischen Zentralregierung als auch die Einmischung der französischen, amerikanischen und westdeutschen Imperialisten sowie gewisser "neutraler" Staaten Europas zu Gunsten "Biafras" verurteilt. Und aus ebendemselben Grund brandmarkten wir die vom Sozialimperialismus unterstützte Aggression Indiens gegen Pakistan.

Marxisten-Leninisten verstanden und verstehen immer unter einer nationalen Befreiungsbewegung, die ihren Namen verdient und vom internationalen Proletariat unbedingt unterstützt werden muß, eine Bewegung zur Befreiung unterdrückter Nationen vom Imperialismus, niemals aber von imperialistischen Mächten und ihren Handlangern angezettelte und geförderte Rebellionen in ehemaligen kolonialen oder abhängigen Ländern, die eben erst ihre staatliche Selbständigkeit erlangt haben und immer noch vom Imperialismus bedrängt und bedroht werden! Die nationale Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus ist heute der wichtigste Bestandteil der proletarischen Weltrevolution, und zwar ganz unabhängig davon, welche sozialen Kräfte (nationale Bourgeois oder sogar Feudalherren) eine solche Bewegung führen. Der Imperialismus jedoch (und ebenso der Sozialimperialismus) kann niemals und nirgends eine nationale Befreiungsbewegung begünstigen; denn sein ganzes Wesen besteht ja in der Unterdrückung anderer Nationen!

Marxisten-Leninisten müssen alle Erscheinungen und Ereignisse im Lichte des dialektischen und historischen Materialismus analysieren und beurteilen. Die von Genossen Mao Tsetung ausgearbeitete marxistisch-leninistische Lehre vom Widerspruch enthält unter anderem zwei für unseren Gegenstand richtungweisende Erkenntnisse: 1. Beim gleichzeitigen Vorhandensein einer Vielheit von Widersprüchen gibt es jeweils einen Hauptwiderspruch, der für die ganze Entwicklung entscheidend ist. 2. Jeder Widerspruch verlangt eine besondere Methode zu seiner Lösung. In Ländern, die vom Imperialismus beherrscht oder unmittelbar bedroht sind (und solche gibt es bekanntlich auch in Europa), ist die imperialistische Herrschaft bzw. Bedrohung der Hauptwiderspruch, mag es auch noch so viele andere soziale und nationale Widersprüche geben; letztere können nur gelöst werden, nachdem jener Hauptwiderspruch gelöst ist. Die Lösung des Widerspruchs zum Imperialismus erfordert die Methode des konsequenten und beharrlichen antiimperialistischen Kampfes - einschließlich des Befreiungskrieges bzw. des bewaffneten Widerstands gegen eine militärische Aggression. Die Lösung der inneren Widersprüche erfordert wiederum die Methode des inneren politischen Kampfes für demokratischen und sozialen Fortschritt - einschließlich des Bürgerkriegs.

Die Revisionisten heißen eben deswegen so, weil sie die wisschenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus revidiert, d.h. über Bord geworfen und durch bürgerliche reaktionäre Auffassungen ersetzt haben. So stellen sie auch in den hier behandelten Fällen Nebenwidersprüche (zwischen Nationalitäten innerhalb eines Entwicklungslandes) an die Stelle des Hauptwiderspruchs (zwischen den Ländern der "Dritten Welt" einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits), und sie wollen die inneren Widersprüche dieser Länder durch Einmischung und Aggression von außen "lösen". Damit erweisen sie sich schlicht und einfach als Helfershelfer der imperialistischen Räuber. Und sie werden letzten Endes ebenso wie diese ein schmähliches Ende nehmen.

x x x

DIE LESER SCHREIBEN

ÜBER DAS WESEN DES SOZIALIMPERIALISMUS

Ein alter kommunistischer Arbeiter, der sich seinerzeit als aktiver Antifaschist beispielgebend bewährt hatte, in den letzten Jahren jedoch - wie (leider, aber unvermeidlich) viele andere - mit der Entwicklung der internationalen Lage geistig nicht Schritt halten konnte, hat der Redaktion "Für die Volksmacht" einen langen, bitterbösen Brief geschrieben, in welchem er unsere Haltung in praktisch allen Punkten heftig attackierte - natürlich vom Standpunkt des Revisionismus, obwohl er sich "Marxist-Leninist" nennt. Wir haben ihm ausführlich geantwortet und geben hier einen Teil unseres Briefes wieder, weil wir annehmen, daß es noch so manche Freunde unter unseren Lesern geben mag, die unwissentlich der niederträchtigen Demagogie der Höchstädtplatz-Revisionisten auf den Leim gehen. (Die Redaktion)

... Unsere hauptsächliche und unversöhnliche Meinungsverschiedenheit betrifft jedoch die Frage der heutigen Führungsclique in der UdSSR, also der revisionistischen Renegaten, und ihres sozialimperialistischen Verhaltens gegenüber China, der CSSR, der DDR und anderen Ländern. Die dümmste Behauptung, welche überhaupt keine Diskussion mehr zuläßt, ist: "Die Sowjetunion ist nun einmal und bleibt die Sowjetunion."

Nichts in der Welt bleibt unverändert, alle Dinge "teilen sich in zwei", d.h. stellen Widersprüche dar, in denen die gegensätzlichen Seiten (das Neue und das Alte, das Positive und das Negative, das Fortschrittliche und das Rückschrittliche - D.Red.) sowohl miteinander kämpfen als auch eine Einheit bilden. Die staatlichen Interessen der Sowjetunion und die internationalen Interessen der proletarischen Weltrevolution bildeten eine Einheit, solange die UdSSR das einzige sozialistische Land war und ihre Politik der revolutionären Weltbewegung gegen den Imperialismus unterordnete. Stalin hat in seiner letzten Rede (auf dem 19. Parteitag der KPdSU) als erster mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß die internationale Rolle der Sowjetunion nicht mehr dieselbe sein kann, seit in Europa und Asien neue sozialistische Staaten entstanden sind. Er sagte dort:

> "Es ist verständlich, daß unsere Partei den Bruderparteien... sowie ihren Völkern in deren Kampf für die Befreiung, in deren Kampf für die Erhaltung des Friedens Unterstützung erweisen (muß)... Nachdem unsere Partei im Jahre 1917 die Macht ergriffen... hatte, gaben ihr die Vertreter der Bruderparteien... den Namen einer 'Stoßbrigade' der weltumspannenden revolutionären und Arbeiterbewegung... Natürlich war es sehr schwer, diese ehrenvolle Rolle zu erfüllen, solange die 'Stoßbrigade' vereinzelt und allein war und solange sie diese fortschrittliche Rolle nahezu einsam erfüllen mußte. Aber das war einmal. Heute ist es ganz anders. Jetzt, da von China und Korea bis zur Tschechoslowakei und Ungarn neue 'Stoßbrigaden' in Gestalt der volksdemokratischen Länder entstanden sind, jetzt ist es unserer Partei leichter geworden zu kämpfen, ja, auch die Arbeit geht froher vonstatten." (Unterstreichungen von uns - D.Red.)

Nach Stalins Tod haben die revisionistischen Usurpatoren der Sowjetmacht (die Nachfolger eben jener Trotzkisten, Sinowjew- und Bucharinleute, von denen Stalin szt. sagte, durch sie könnte die Sowjetunion wieder in ein kapitalistisches Land rückverwandelt werden) den proletarischen Internationalismus durch den russischen Großmachtchauvinismus ersetzt. Sie haben sich alle Befugnisse des außenpolitischen Verkehrs mit der kapitalistischen Welt angemaßt und die Ausrüstung mit den modernsten Waffen allein sich selbst vorbehalten. Sie haben sozialistische Länder, die sich ihrem Diktat nicht

unterwerfen wollten (wie China und Albanien), mit ökonomischer Blockade und (wie im Falle der Tschechoslowakei) mit direkter militärischer Intervention überzogen. Der Bruch ihres Abkommens (vom Jahre 1957) mit China über Lieferung von Unterlagen für die Atomwaffenproduktion, die Hilfestellung für Indien bei dessen bewaffneter Aggression gegen die sozialistische Volksrepublik China, das Abkommen mit den USA und England über einen teilweisen Atomteststopp (durch welchen das Atommonopol der Supermächte gesichert werden sollte - D.Red.) usw. haben sie als Sozialimperialisten entlarvt. Je mehr sie von einem "Nationalismus" Chinas und anderer sozialistischer Länder, die sich ihrem Diktat nicht beugen wollen, brüllen, desto mehr entlarven sie ihr verräterisches sozialimperialistisches Wesen.

Wo die Achtung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit anderer - besonders sozialistischer - Länder aufhört, dort hat auch jeder Gedanke eines Sozialismus zu bestehen aufgehört! Das ist das Um und Auf der Meinungsverschiedenheiten zwischen wirklichen Marxisten-Leninisten und Renegaten der revolutionären Arbeiterbewegung...

AUS DER ORGANISATION

Lehren der revolutionären Geschichte Österreichs

Genosse Mao Tsetung lehrt die Marxisten-Leninisten aller Länder, daß der Sieg der Revolution dann gewährleistet ist, wenn sie es verstehen, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Land wirklich zu verbinden (Widmung für japanische Arbeiter vom 18. September 1962). Die chinesische Revolution konnte deshalb triumphieren, weil sie diese Lehre vollauf beherzigt hat. Um die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Land verbinden zu können, muß man u. a. die Geschichte der revolutionären Bewegung im eigenen Lande studieren, lehrt Genosse Mao Tsetung weiter ("Unsere Schulung umgestalten"). Denn man darf "den Faden der Geschichte nicht durchschneiden", und: "Geschichtliche Erfahrungen müssen beachtet werden".

Davon ausgehend haben wir uns schon mehrmals bemüht, in unserem Zentralorgan Marksteine der revolutionären Bewegung des österreichischen Proletariats zu analysieren (z.B. "Die gestohlene Revolution", "Der Kommunist" Nr. 21; "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen - Lehre des Februar 1934", "Der Kommunist" Nr. 24; "Der große Klassenkampf vor 20 Jahren", "Der Kommunist" Nr. 45). Davon ausgehend haben wir auch einen jungen Fachmann für die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung Österreichs eingeladen, an einem der regelmäßigen Diskussionsabende der VRA-Wien (am 10. Dezember 1971) einen Vortrag über das Thema "Leo Rothziegel und die revolutionäre Arbeiterbewegung in Österreich 1916/19" zu halten.

Als die Führer der österreichischen Sozialdemokratie im August 1914 die Grundsätze des Marxismus und den proletarischen Internationalismus verrieten, gab es kleine Gruppen sozialistischer Jugendlicher und linksradikaler Betriebsarbeiter, die versuchten, einen Widerstand gegen den imperialistischen Krieg und gegen die ins Lager der Bourgeoisie übergelaufenen verräterischen Führer der Sozialdemokratie zu organisieren. Zu den führenden Köpfen dieser - allzu schwachen und allzuwenig zielklaren - revolutionären proletarischen Bewegung gehörte neben Franz Koritschoner, dem Führer der "Linksradikalen", der seit der sozialistisch-internationalistischen Anti-Kriegs-Konferenz der "Zimmerwalder Linken" im Schweizer Dorf Kienthal (April 1916) mit Lenin in Verbindung stand, auch der junge Schriftsetzer Leo Rothziegel, eine der leuchtendsten Gestalten der revolutionären Bewegung des österreichischen - und auch des internationalen - Proletariats, führte der Vortragende aus.

Rothziegel war als junger Bursch der Partei "Poale-Zion" beigetreten, die zur österreichischen Sozialdemokratie gehörte, zugleich aber ein jüdischnationales Programm vertrat. (Ihr linker Flügel schloß sich 1919 der Komintern an.) Als überzeugter Internationalist brach er aber bald mit ihr und schloß sich einer Gruppe von Anarcho-Syndikalisten an. Diese wollte den revolutionären Sturz der Kapitalistenklasse, glaubte aber, ihn lediglich mit gewerkschaftlichen Mitteln (politischen Massenstreiks bis zum Generalstreik) herbeiführen zu können, und lehnte grundsätzlich alle politische Parteien ab. Sein ausgeprägter Klasseninstinkt sowie seine grenzenlose Hingabe an die Sache der proletarischen Revolution führten jedoch dazu, daß Rothziegel kurz vor seinem Tod Mitglied der jungen Kommunistischen Partei Österreichs wurde. Er fiel im Jahre 1919 auf einem entscheidenden Schlachtfeld des Verteidigungskrieges der ungarischen Räterepublik gegen die ausländischen Invasionsarmeen, an der Spitze eines Bataillons österreichischer Freiwilliger.

Der Referent gab einen plastischen Überblick über die revolutionären Kämpfe in Österreich vom Jännerstreik 1918 (bei dem Rothziegel eine ideologisch führende Rolle gespielt hat) über die Gründung der ersten proletarischen Streitmacht - der "Roten Garde" - unter der Leitung von Rothziegel bis zur Mitte des Jahres 1919, als die Niederlage der proletarischen Revolution und der Sieg der bürgerlichen Konterrevolution besiegelt war. Er gab den Anwesenden sowohl in seinem Vortrag als auch im Laufe der Diskussion interessante Aufschlüsse über verschiedene Einzelfragen der Revolutionsjahre 1918-1919, z. B. über die Entwicklung und Abwürgung des Jännerstreiks, über die Rolle der unter dem Eindruck der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland zuerst illegal auf Initiative der Linksradikalen entstandenen, dann von den unheimlich geschickten sozialdemokratischen Führern allmählich für die Bourgeoisie unschädlich gemachten Arbeiterräte u.a.

Folgende überaus wichtige Lehren für die Gegenwart ergaben sich aus den Ausführungen des Referenten und aus der Diskussion:

1. Um in der Revolution zu siegen, braucht das Proletariat eine eigene bewaffnete Macht. Durch die Gründung der "Roten Garde" (am 30.Oktober 1918) und seinen klarsichtigen Kampf gegen den sozialdemokratischen Heeresminister Julius Deutsch hat Rothziegel gezeigt, wie gut er dies verstanden hat.

2. Die revolutionäre Partei muß in engster Verbindung mit den breiten Massen der Arbeiterklasse geschaffen werden, was bei der Gründung der KPÖ am 3.November 1918 nicht der Fall war, Rothziegel aber klar erkannt hatte.

3. Die revolutionäre Partei des Proletariats darf nicht ausländische Vorbilder blind kopieren, was jedoch die anfängliche Führung der KPÖ getan hat, wofür sie schon damals von Rothziegel mit Recht kritisiert wurde.

4. Eine revolutionäre Partei des Proletariats stellt die Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der spontanen Arbeiterbewegung dar, sie muß sich also von den Ideen des Marxismus-Leninismus leiten lassen. Das hatte Rothziegel nicht restlos begriffen, und darin bestand sein größter Fehler.

5. Der Jännerstreik war der Ausdruck einer revolutionären Situation, die nach Lenin dadurch charakterisiert ist, daß die Volksmassen nicht mehr so leben wollen wie bisher und die herrschende Klasse nicht mehr so regieren kann wie bisher. Damit aber aus einer revolutionären Situation auch wirklich eine siegreiche Revolution wird, bedarf es einer zielklaren und festgefügten marxistisch-leninistischen Partei. Die wenigen linksradikalen Arbeiter, die im Jänner 1918 auf Grund der objektiven Lage den Streik von 800.000 Arbeitern entfachen konnten, waren nicht imstande, von ihm ausgehend zur siegreichen Revolution fortzuschreiten, weil sie eben eine solche Partei nicht besaßen.

Das sind nur einige wenige Schlußfolgerungen, die wir auf Grund der (z. T. allgemein wenig bekannten) historischen Tatsachen an diesem Abend ziehen durften. Allen Genossen, die das notwendige Studium der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung Österreichs betreiben wollen, sei als ein grundlegendes Quellenmaterial empfohlen: Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik. Europa-Verlag, Wien 1971, 286 Seiten, öS 132.--. (Mitglieder der VRA und Leser unserer Presse können das Werk mit Rabatt beziehen.)

CHINA-FILME BEI DER V R A

Die Wiener Organisation der VRA veranstaltete am Samstag, dem 18. Dezember, eine Vorführung zweier chinesischer Schmalfilme mit anschließender Diskussion.

Der erste Film behandelte "Archäologische Ausgrabungen während der Großen Proletarischen Kulturrevolution". Die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen und revisionistischen Lautsprecher konnten sich nicht genug darüber das Maul zerreißen, daß die von Genossen Mao Tsetung eingeleitete und geführte Große Proletarische Kulturrevolution angeblich historische Denkmäler des chinesischen Volkes zerstört hätte. In Wahrheit wurden nicht nur alle wirklich wertvollen Kunstwerke vergangener Epochen durch die Organe der proletarischen Diktatur sorgsam behütet, sondern es wurden in den Jahren der stürmischen Entfaltung der Kulturrevolution zahlreiche neue Ausgrabungen vorgenommen und dabei überaus kostbare Funde zu Tage gefördert. Das geschah eben im Geiste der Kulturrevolution, deren Hauptzweck ja darin bestand, das gesamte Hunderte Millionen zählende Volk Chinas mit dem Gedankengut Mao Tsetungs zu durchdringen. Und gerade Genosse Mao Tsetung hat das chinesische Volk gelehrt, "das Alte dem Neuen und das Ausländische China nutzbar zu machen". Bei der Bergung zahlloser überaus interessanter und reizvoller Kunstschätze aus den Epochen der Sklavenhaltergesellschaft und des Feudalismus kam es gerade darauf an, den arbeitenden Menschen Volks-Chinas anschaulich zu zeigen, wie habsüchtig, prunklüstern und grausam die herrschenden Klassen waren, die das Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei ein für allemal zum Teufel gejagt hat, und gleichzeitig ihnen vor Augen zu führen, welch erstaunlichen Geschmack und welch bewundernswerte Kunstfertigkeit die arbeitenden Menschen im alten China besaßen; denn sie und niemand sonst waren die Schöpfer all der in diesem Streifen gezeigten Herrlichkeiten aus vergangener Zeit.

Der zweite Film veranschaulichte die "Verwendung der Akupunktur als Anästhesiemittel bei Operationen". Die bei uns (und bis vor kurzem auch in China) bei vielen Operationen angewandte Narkose hat eine Reihe von Nachteilen. Die chinesischen Mediziner haben auf Grund der seit Jahrtausenden überlieferten traditionellen chinesischen Heilkunde, die sie gemäß der diesbezüglichen Lehre Mao Tsetungs mit der westlichen Schulmedizin fachkundig verbinden und zugleich weiterentwickeln, eine Methode ausfindig gemacht und bereits an Hunderttausenden von Fällen als äußerst wirksam nachgewiesen, bei der die Anästhesie (Schmerzunempfindlichkeit) durch Einführung von Silbernadeln an entsprechenden Nervenpunkten herbeigeführt und so eine Operation bei vollem Bewußtsein und Wohlbefinden des Patienten reibungslos durchgeführt wird. Die dokumentarische Beweisführung durch diesen Film ist ungemein überzeugend. Die Zuschauer, unter denen sich viele Gäste befanden, die erstmals zu einer Veranstaltung der VRA gekommen waren, diskutierten nachher noch lange über die Errungenschaften der chinesischen Medizin, wobei ihnen ein Arzt fachmännische Aufklärungen gab. Vor allem kam bei dieser Diskussion heraus, daß die Errungenschaften der chinesischen Medizin in unseren Tagen (die - wie der Bericht aus Algerien, den wir in der letzten Nummer unserer Zeitung brachten, bestätigt - auch außerhalb Chinas immer größere Anerkennung finden) eine direkte Frucht des sozialistischen Gesellschaftssystems sind, das den Dienst am Volk allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zur Richtschnur macht.

DAS HEISST INTERNATIONALISMUS

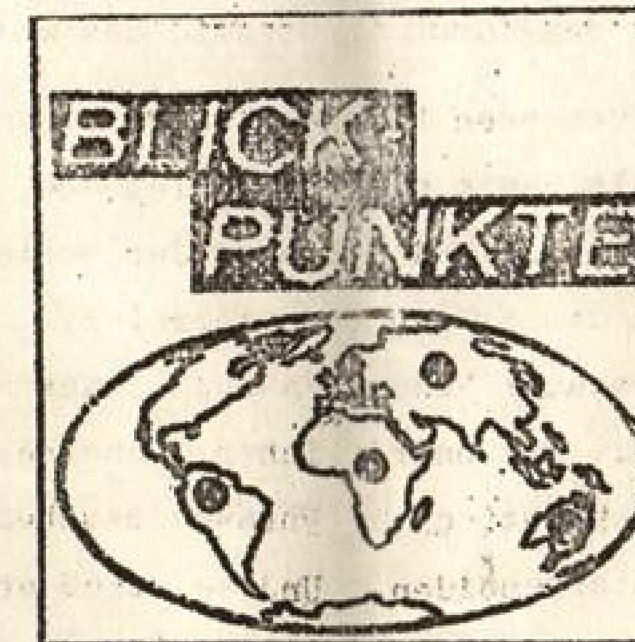
Die Revisionisten schwärmen scheinheilig - wider besseres Wissen - von dem angeblich "demokratischen" oder sogar "sozialistischen" Charakter des Regimes in Indien, dessen herrschende Klassen - die feudalen Maharadschas, die milliardenschweren Monopolkapitalisten vom Schlage der Tata, Birla usw. sowie die durch die sogenannten "verstaatlichten" Betriebe hochgepäppelten bürokratischen Kapitalisten - einen schändlichen Aggressionskrieg gegen das um vieles schwächere Pakistan geführt haben und gegenwärtig im besetzten Ostpakistan einen blutigen Terror gegen die dortige Bevölkerung entfalten. Wie denken aber darüber die unterdrückten werktätigen Massen Indiens selbst? Ein an Indira Gandhi gerichteter "Offener Brief" der unter den "Gastarbeitern" in England wirkenden "Vereinigung indischer Arbeiter" legt darüber ein beredtes Zeugnis ab:

"Um diese unverhüllte Aggression gegen einen anderen souveränen Staat, Pakistan, zu rechtfertigen, behauptet Ihre Regierung, sie hätte Pakistan angegriffen, um die 'nationalen Bestrebungen' der Bevölkerung Ostpakistans zu verwirklichen und die Flüchtlinge zurückzuschicken, die in erster Linie Ihre eigene Regierung fortgelockt hat. Diese Behauptung dient dazu, die unterdrückten Massen Indiens im besondern und die Völker der übrigen Welt im allgemeinen zu beträgen. Die unterdrückten Massen in Indien erheben sich zum bewaffneten Kampf gegen das von Ihnen angeführte System. Sie und Ihre Regierung haben in den letzten vier Jahren seit dem Aufstand von Naxalbari alles getan, um den in Naxalbari entzündeten revolutionären Funken auszulöschen. Doch das war vergebliche Mühe. Jetzt haben Sie einen Aggressionskrieg gegen Pakistan entfesselt, um folgende Ziele zu erreichen:

1. durch Eroberung Ostpakistans und Einsetzung einer sogenannten 'Bangla-Desh-Regierung', die Ihrem reaktionären Regime untertan ist, Ihre expansionistische Politik durchzuführen, Pakistan zu zerstückeln und Ostpakistan in eine Aufmarschbasis gegen die Volksrepbulik China zu verwandeln, wie dies Ihre Herren, die Sozialimperialisten der UdSSR und die Imperialisten, wünschen;

2. zur Absicherung der von Ihnen und Ihren Herren betriebenen antichinesischen Politik den anwachsenden revolutionären Kampf auf dem indischen Subkontinent niederzuschlagen und, nachdem Ihnen dies vier Jahre lang nicht gelungen ist, dazu den durch die Aggression gegen Pakistan aufgepeitschten nationalen Chauvinismus in Indien zu benützen.

Darüber hinaus gelüstet es Ihre Herren und Meister danach, ihre Einflußsphäre auf den indischen Subkontinent auszudehnen."



Im "Offenen Brief" wird darauf verwiesen, daß die indischen Reaktionäre nach wie vor der Bevölkerung von Kaschmir das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten, das ihr Nehru vor 23 Jahren zugestanden hatte; daß sie die Freiheitsbewegung der nordostindischen Stämme der Nagas und Mezos mit Waffengewalt unterdrücken; daß sie andauernd unzählige Verbrechen gegenüber den Dutzende Millionen zählenden "Unberührbaren" (Parias), Moslems und anderen Minderheiten Indiens begehen; daß sie jede Bewegung der Bauern und Arbeiter Indiens zur Verbesserung ihrer elenden Lage lediglich mit Kugeln zu beantworten wissen; daß sie die indischen Revolutionäre und ihre Familien mit faschistischen Methoden abschlachten; daß sie schließlich erst vor kurzem 100.000 Mann der indischen Armee in Westbengalen eingesetzt haben, um den Kampf der Volksmassen dieses Ostpakistan benachbarten Landesteiles brutal zu unterdrücken.

"Die revolutionären Massen Indiens", so schreiben abschließend die in England lebenden indischen Arbeiter, "wer-